Schweiz

FDP-Ständeräte beschenken die CVP

Die Freisinnigen im Ständerat versenken den direkten Gegenvorschlag zur CVP-Heiratsstrafe-Initiative – und lehnen damit eine Idee der eigenen Partei ab.

Doris Kleck und Philipp Loser
Bern

Wäre die Geschichte um die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe ein Kinofilm, er wäre unerträglich amerikanisch. Problem. Noch grösseres Problem. Riesiges Problem. Und dann: Wunder – Happy End.

Das Wunder geschah in diesem Fall im Ständerat, und es war freisinniger Natur. Vier Parlamentarier der FDP (Hans Hess, Georges Theiler, Christine Egerszegi und Fabio Abate) änderten im Verlauf der letzten zwei Wochen ihre Meinung und versenkten gestern neben der Initiative auch den direkten Gegenvorschlag zur CVP-Initiative. Sie garnierten ihr Wunder mit etwas Dramatik: Es brauchte zwei Abstimmungen und einen Rückkommensantrag von Ständerat Theiler, bis der Gegenvorschlag tatsächlich Geschichte war. «Das hätte ich mir in meinem kühnsten Träumen nicht erhofft», sagt CVP-Nationalrat Gerhard Pfister, der in den vergangenen Tagen bei den FDP-Ständeräten für genau diese Lösung geweibelt hatte. Mit dem Nein des Ständerats sind die Chancen der Initiative markant gestiegen – der Bundesrat hat die Initiative zur Annahme empfohlen, ebenso die Finanzdirektorenkonferenz. «Dass es so gut laufen würde, war nicht abzusehen», sagt Pfister.

Freunde der CVP (v. l.): Die FDP-Ständeräte Felix Gutzwiller, Hans Hess, Christine Egerszegi und (hinten) Georges Theiler. Foto: Keystone

Kritik von innen und aussen

Tatsächlich musste der Zuger Politiker in den vergangenen Wochen auch parteiintern für die Initiative kämpfen. Die CVP-Fraktion stand während dieser Session kurz davor, die eigene Initiative zurückzuziehen – so schien es auf jeden Fall. Zu laut war die Kritik an der Vorlage der Christlichdemokraten geworden, vor allem die in der Initiative vorgesehene Definition der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau stiess weitherum auf Unverständnis. Der Druck wurde so gross, dass die Partei bei der ersten Beratung im Ständerat einen Vorschlag gegen die eigene Initiative einbrachte und damit erwartungsgemäss unterlag. Stattdessen hiess der Ständerat in einem ersten Anlauf den direkten Gegenvorschlag gut, der auf die Definition der Ehe verzichtet und die Möglichkeit der Individualbesteuerung im Gegensatz zur Initiative offen lässt.

Dieser Gegenvorschlag – das ist die amüsante Note – wurde von der FDP entworfen. Dass es nun ausgerechnet vier freisinnige Ständeräte waren, die den eigenen Vorschlag versenkten, kommt in der Partei nicht gut an. Zwar sei es nicht der beste Gegenvorschlag aller Zeiten gewesen, räumt Nationalrat Andrea Caroni (FDP, AR) ein, aber er hätte zumindest die Nebenwirkungen der Initiative, nämlich die Ehedefinition und den Verzicht auf die Individualbesteuerung, verhindert. «Die Abschaffung der Heiratsstrafe ist ein sehr populäres Anliegen. Ohne den Gegenvorschlag ist die Initiative schwieriger zu bekämpfen.» Das brauche drei der vier Ständeräte, die den Gegenvorschlag ablehnten, nicht mehr zu kümmern, meint Caroni etwas böse: Sie treten im Herbst nicht mehr an. «Sie müssen nicht mehr auf Podien gegen die Initiative kämpfen.»

Vor der Abstimmung setzten sich Parteipräsident Philipp Müller und Ständerat Felix Gutzwiller bei ihren Kollegen für den Gegenvorschlag ein. Die Möglichkeit der individuellen Besteuerung ist eine Herzensangelegenheit der FDP und ihres Wirtschaftsministers Johann Schneider-Ammann, der damit die Erwerbstätigkeit der Frauen erhöhen und den Fachkräftemangel bekämpfen will.

Nicht nach Parteibuch

Doch die Appelle von Müller und Gutzwiller verhallten im Nichts. Ein Ständerat lässt sich nicht vorschreiben, was er zu entscheiden hat. «In der FDP stimmt man eben nicht nach Parteibuch», sagt der abtrünnige Hans Hess (FDP, OW).

Auch Georges Theiler kümmerte sich nicht um die Weisung aus der Parteizentrale. «Ich wehre mich dagegen, taktisch abzustimmen.» Im Gegensatz zu Andrea Caroni hält Theiler die Initiative für chancenlos. «Es wurde schon viel getan zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Das Problem ist nur noch für eine kleine Gruppe relevant.» Für Christine Egerszegi, die sich als eigentliche Architektin des FDP-Umschwungs präsentiert, waren ganz andere Beweggründe für das Nein zum Gegenvorschlag entscheidend: «Man kann nicht einen Murks mit einem anderen Murks bekämpfen.» Der Gegenvorschlag habe das gleiche Problem wie die Initiative – er verlange die konsequente Abschaffung der Heiratsstrafe. «Wenn wir das auch bei den Sozialwerken und insbesondere der AHV durchziehen, kann uns das über drei Milliarden Franken kosten.»

Die Schlussabstimmung über die CVP-Initiative wird auf die Sommersession verschoben. Wegen der neuen Ausgangslage müssen die beiden Räte noch einmal über ihre Abstimmungsempfehlung entscheiden. Die CVP kann dieser Abstimmung gelassen entgegensehen – das entscheidende Geschenk hat sie bereits in dieser Session erhalten.

Bund verweigert Geld für Röntgengeräte in Drittweltländern

Schweizer Wissenschaftler haben ein Röntgengerät für die Dritte Welt entwickelt. Sie hoffen vergeblich auf Unterstützung des Bundes.

Philippe Reichen
Lausanne

Für einen Schweizer Arzt ist röntgen so alltäglich wie impfen. Das ist in weiten Teilen Afrikas, Asiens, aber auch Südamerikas anders. Zwar stehen vielerorts ältliche Röntgenapparate herum, die in Spitälern der Schweiz und anderer westlicher Staaten ausrangiert wurden. Aber die Geräte funktionieren nicht, weil Röntgengeräte auf Hitze, Feuchtigkeit und Staub empfindlich reagieren und daher oft also längst defekt sind. Teilweise fehlen auch Ersatzteile oder das Knowhow für Reparaturen.

Neue Geräte sind für Drittweltspitäler in der Regel unerschwinglich: Sie kosten zwischen 250 000 und 300 000 Franken. Dazu kommen jährliche Unterhaltskosten von weit über 10 000 Franken. Dies alles beobachtete Klaus Schönenberger, Ingenieur der ETH Lausanne (EPFL), während Jahren, bis er sich 2009 entschloss, medizinische Hightech-Produkte zu günstigen Preisen zu entwickeln. Also gründete er mit zwei Kollegen die Stiftung Essential-Med, die seit 2010 der Basler Arzt und Regierungsratspräsident Guy Morin präsidiert. Vergangene Woche stellte Schönenberger in Lausanne vor 400 Gästen ein erstes Produkt vor: einen speziell für die Bedürfnisse der Länder der südlichen Hemisphäre entwickelten Röntgenapparat.

Beim Bund abgeblitzt

Ingenieure der EPFL, des Paul-Scherrer-Instituts und von Westschweizer Fachhochschulen entwarfen das Gerät in vier Jahren Entwicklungszeit. Gemäss seinen Erbauern soll es grundsolide sein und dank einer eingebauten Batterie auch bei Spannungsschwankungen oder gar Stromausfällen funktionieren und hohen Temperaturen standhalten. Zwar hat es längst nicht alle Funktionen, die ein Computertomograf bietet, es ist aber mit digitaler Bildtechnik ausgestattet.

Gemäss seinen Entwicklern wird das Gerät nur rund 50 000 Franken kosten, die Kosten für die Installation, zehn Jahre Wartung und die Ausbildung der Ärzte, der Röntgenassistenten und des technischen Personals für den Unterhalt sind dabei mit eingerechnet. Man habe dafür die DNA eines Röntgengeräts von Grund auf neu entwerfen müssen, sagt Schönenberger. Der Prototyp wird nun in Kamerun getestet und dort gelobt. Anerkennung kommt auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Adriana Velazquez, WHO-Koordinatorin für medizinische Geräte, sagt: «Das Röntgengerät wird in den ärmsten Ländern den Zugang zu medizinischer Technik entscheidend verbessern.»

Auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) des Bundes schickte letzte Woche einen Mitarbeiter nach Lausanne. Dieser hielt sich bei der Präsentation am Montagabend allerdings diskret im Hintergrund. Dies dürfte einen guten Grund haben: Die Stimmung zwischen der Stiftung Essential-Med und der Deza ist angespannt.

Man habe sich mehrere Male mit Deza-Vertretern zu Gesprächen über eine finanzielle Unterstützung getroffen, sagen Verantwortliche der Stiftung. Doch an deren «bürokratischer Grundeinstellung» könne man verzweifeln, berichten sie. Einmal habe es geheissen, die Deza dürfe keine Entwicklungsgelder in der Schweiz ausgeben und nicht in technische Entwicklungen investieren. Dann wieder sagten Deza-Verantwortliche gegenüber der Stiftung, dass Kamerun – wo das Gerät getestet wird – nicht zu den von der Deza geförderten Ländern gehöre und dass das Projekt «zu grundlagenbezogen» sei. Auch habe die Deza mitgeteilt, sie fördere nicht Gesundheitssysteme, sondern sei mehr im Alltag der Menschen aktiv.

Teures Gerät für anderen Staat

Komplett provoziert fühlten sich die Entwickler von Essential-Med jedoch, als die Westschweizer «Tagesschau» im Sommer 2014 in einer Reportage zeigte, wie das Spital der kongolesischen Stadt Panzi einen Computertomografen in Empfang nahm – ein offizielles Geschenk der Schweiz. Der Kongo gehört im Gegensatz zu Kamerun zu den Deza-Schwerpunktländern. Darauf angesprochen, teilte das Aussendepartement (EDA) mit, das im Fernsehen gezeigte Gerät habe 375 000 Franken gekostet. Insgesamt habe die Deza für das Engagement im Kongo 450 000 Franken ausgegeben, denn es seien auch zwei Radiologen und zwei Techniker ausgebildet sowie ein Stromgenerator installiert worden. Der EDA-Sprecher betont auf Anfrage des TA, es habe sich dabei um ein «einmaliges und ausserordentliches Engagement» gehandelt.

«Pilotphase abwarten»

Essential-Med muss wohl auch weiterhin auf Entwicklungshilfegelder des Bundes verzichten. Die Deza bestätigt: «Die Gelder der Entwicklungszusammenarbeit sind Ländern zugeordnet. Die Deza verfügt nicht über ein Budget für technische Entwicklungen, die vor allem in der Schweiz durchgeführt werden.» Dennoch anerkennt die Deza, dass das von Essential-Med entwickelte Röntgengerät «vielversprechend ist, um einen besseren Zugang zu diesen Techniken für Menschen in Entwicklungsländern zu erlangen». Man wolle nun die Pilotphase abwarten und später allenfalls «als Vermittlerin wirken und in Erfahrung bringen, welche Länder ein Interesse am Einsatz solcher Technologien bekunden», heisst es.

Dass die Deza erst einsteigen will, wenn das Gerät markt- und einsatzfähig ist, ist für die Stiftung ein schwacher Trost. Sie ist nun auf Geldsuche, um einen zweiten Prototyp bauen zu lassen. Zudem gründet sie für den Vertrieb ein Nonprofitunternehmen.

SRG und Privatradios planen DAB-Offensive

Die Radiobranche nimmt einen weiteren Schritt in Richtung digitale Zukunft. Vertreter der SRG und der privaten Radiostationen haben gestern eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Wechsel von der analogen UKW- zur digitalen DAB+-Verbreitung definiert. Für Radiohörer hat dies einschneidende Konsequenzen: Sie müssen alte Radios entsorgen und sich neue, DAB+-fähige Geräte erwerben oder über das Internet Radio hören. «Die Leute haben eine andere Beziehung zu TV und zu Radio. Sie wechseln den Fernseher so oft wie das Handy, ihr Radiogerät können sie während Jahrzehnten behalten», sagte SRG-Direktor Roger de Weck an einer Medienkonferenz. Im Strategiepapier werden die Finanzen, die Organisation, Verantwortlichkeiten und das Marketing geregelt. Damit der Vertrag in Kraft tritt, müssen 80 Prozent der Privatradios zustimmen. Zudem muss das Volk am 14. Juni Ja sagen zur Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen. Tut es dies nicht, scheitert das Vorhaben. Es entsteht ein Verlust von 4 Millionen Franken, einen «Plan B» gebe es nicht. *(SDA)*

Nachrichten

Elternschaft

Gegen Mutterschaftsurlaub für Adoptivmütter

Frauen, die ein Kind adoptieren, sollen nach dem Willen des Ständerats keinen Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub haben. Die kleine Kammer lehnte eine entsprechende Standesinitiative des Kantons Neuenburg mit 26 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Über den Vorstoss entscheidet noch der Nationalrat. Die Initiative will Frauen, die ein Kind von acht Jahren oder jünger adoptieren, eine Adoptionsentschädigung zusprechen, die der Mutterschaftsentschädigung entspricht. Nach Auffassung der Mehrheit sprechen primär gesellschaftspolitische Überlegungen gegen das Anliegen: Wer ein Kind adoptiere, solle dafür auch die gesamte Verantwortung übernehmen. Zum Thema sind weitere Vorstösse hängig. *(SDA)*

Syrien

Sanktionsliste erweitert um Produzenten von C-Waffen

Die Schweiz hat ihrer vor bald vier Jahren beschlossenen Syrien-Sanktionsliste erstmals Personen angefügt, die mit der Herstellung und Verwendung von Chemiewaffen zu tun hatten. Auch eine dem syrischen Verteidigungsministerium angeschlossene C-Waffen-Firma findet sich neu auf der Liste. Bayan Bitar, Chef des Technologieunternehmens OTI und des staatlichen IT-Unternehmens Scit, sowie der Manager Ghassan Abbas sind im Zusammenhang mit Chemiewaffen neu auf der Liste aufgeführt. *(SDA)*

Staatsbesuch

Burkhalter sieht Hoffnung im Norden Sri Lankas

Bundesrat Didier Burkhalter sieht im Wiederaufbau von durch Krieg und Tsunami zerstörten Häusern im Norden Sri Lankas Zeichen der Hoffnung für die Bevölkerung. Zum Abschluss seiner Asienreise besuchte er ein Projektdorf, dessen Strukturen wiederhergestellt werden. Das von Burkhalter besuchte Dorf Akkarai im tamilisch dominierten Norden Sri Lankas war während des Bürgerkriegs zerstört worden. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützt den Wiederaufbau der 35 Häuser. *(SDA)*

Parlament

Ständerat will eine moderne Landesversorgung

Der Ständerat hat gestern einer Modernisierung des Gesetzes zur Landesversorgung zugestimmt, die der Bundesrat vorschlägt. Die Behörden sollen rascher als heute eingreifen können, um drohende oder bereits eingetretene Mangellagen abzuwenden. Weil Rohstoffe oder Ersatzteile kaum noch auf Vorrat gehalten werden, müssen Stromversorgung, Logistik, Informations-, Kommunikations- und Finanzdienstleistungen besser sichergestellt werden. Der Bundesrat kann im Notfall die dafür nötigen Anordnungen treffen. *(SDA)*